

Shaffer, E. N.

Article — Digitized Version

Die Verquickung von Politik und Wirtschaft in Südasien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Shaffer, E. N. (1956) : Die Verquickung von Politik und Wirtschaft in Südasien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 5, pp. 271-276

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132281>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Verquickung von Politik und Wirtschaft in Südasiens

E. N. Shaffer, Bombay

Es war am Ostermontag, als Indiens Premierminister Nehru nach Abschluß einer seiner seltenen Pressekonferenzen in Neudelhis Parlamentsgebäude sich noch einmal an die versammelten Journalisten wandte und ihnen, eigentlich ohne Zusammenhang mit den vorher berührten Themen, zurief: „Meine Herren, behalten Sie Südostasien im Auge!“ Er hatte sich auf Grund der ihm vorgelegten Fragen in der Hauptsache mit Pakistan befaßt und Kambodscha gewissermaßen nur im Nebensatz erwähnt. Nicht nur in Delphi, auch in Delhi wird offenbar mitunter orakelt. Es war keine Zeit, ihn nach dem Grund seiner mystischen Mahnung zu fragen. Doch wir, die Teilnehmer dieses Treffens, wußten und wissen auch ohne sie, daß die evolutionären Erschütterungen, die die Ablösung des Kolonialsystems in Südasiens mit sich bringen mußte, noch lange nicht vorüber sind. Selbst in den Staaten, deren Regierungsform sich nicht geändert hat: Afghanistan, Nepal und Thailand, brodelt es noch oder schon, und am tropisch-blauen Himmel zeigt rötliches Gewölk, daß Winde von Rußland und China herüberwehen.

Man sollte sich im Westen darüber klar sein, daß die ökonomische Offensive der Sowjets zum mindesten beachtliche Anfangserfolge zu verzeichnen hat, ob es sich um den Waffenhandel mit Ägypten durch die vorgeschickte Tschechoslowakei, das Stahlwerk in Indien oder die vielseitige Infiltrierung Afghanistans handelt. Sie sind in verblüffend kurzer Zeit siegreich in Territorien eingedrungen, von denen der Westen annahm, sie wären seine ewigen Reserverate. Darum tut Eile not, sich diese Situation ohne Schönfärberei vor Augen zu führen und zu überlegen, ob es nicht besser wäre, auch in der Politik die alten Methoden, an die man sich mit einer gewissen Traditionsfreudigkeit klammert, abzulegen und zu neuen, wendigeren überzugehen.

Im April 1955 hieß in Bandung die Parole „Panschila“ oder „Ko-Existenz“. In der Praxis sieht es damit ein wenig traurig aus. Pakistan ist mit seinen Nachbarn Afghanistan und Indien entzweit, Thailand mit Laos und Kambodscha, dieses wiederum mit Südvietnam. Man fragt sich, was solche Resolutionen für einen Wert haben und ob die Beteiligten nicht den frommen Selbstbetrug zu erkennen vermögen, wenn sie aus dem Rausch der Sentimentalität erwachen. Das ist der politische Hintergrund der asiatischen Bühne, des Nahen und Fernen Ostens, auf der sich das spannende Drama des dynamischen Aufwärtstrebens der unter- und unentwickelten Länder abspielt. Der Kolonialsoldat ist abgezogen, und der westliche Kaufmann steht vereinsamt auf dieser tropischen Flur, nur auf sich selbst angewiesen, auf sein Können und seine

Geschicklichkeit im Verhandeln mit den neuen, oft empfindlichen Herren. Dennoch wäre es grundlegend falsch für den Westen, sich durch die Schwierigkeiten zurückschrecken zu lassen. Ohne jede Übertreibung kann man sagen, daß die Möglichkeiten in Asien ungeahnt groß sind. Sie werden sich eines nicht so fern Tages noch erweitern, sobald Chinas Tor sich öffnen wird. Wenn es heute versperrt ist, so muß doch festgestellt werden, daß das Vorhängeschloß außen hängt, oder mit anderen Worten: daß der Westen mit wenigen Ausnahmen die korrumpierte Exilregierung auf Formosa anerkennt und so die chinesische Volksrepublik auch wirtschaftlich den Sowjets überläßt.

In den folgenden Betrachtungen soll ein aktueller Überblick über die einzelnen Länder des südasiatischen Raumes gegeben werden, bevor wir zu einer Schlußfolgerung gelangen. In einer Reihe von ihnen sind in jüngster Zeit wesentliche politische Änderungen vor sich gegangen, die auch auf das wirtschaftliche Gebiet ausstrahlen. Der Kaufmann, der Industrielle oder der Ingenieur, der nach Asien geht, tut gut daran, sich außer mit den Einzelheiten der bestehenden Handelsverträge auch mit der jeweiligen politischen Konstellation in dem Land, in dem er Geschäfte zu machen wünscht, vertraut zu machen.

AFGHANISTAN

Das streng mohammedanische Königreich ist in die Fänge der Sowjets geraten. Wir wollen darauf näher eingehen, weil sich mancherlei aus diesen Erfahrungen lernen läßt. Afghanistan hat natürlich nie für die Sowjets inkliniert. Aber als Pakistan durch Sperrung der Route Karatschi-Khaiberpaß und der damit verbundenen Drosselung der Ein- und Ausfuhr das wirtschaftliche Gedeihen des Landes behinderte, akzeptierte es notgedrungen in vollem Umfang die nur allzu willig angebotene Hilfe Rußlands und seiner Satelliten. Das Streitobjekt zwischen den beiden islamischen Nationen, das Grenzgebiet „Pakhtunistan“, wollen wir nicht näher untersuchen. Aber man fragt sich, warum Amerika, das doch auf die Stabilität des Puffers Afghanistan den größten Wert hätte legen sollen, nicht einen mildernden Einfluß auf Pakistan ausgeübt hat. Die Erklärung dürfte die sein, daß Pakistan mit den Auswirkungen des Seato-Pakts und des Militärabkommens mit den USA nicht zufrieden war. Selbst in seinen regierungstreuen Zeitungen wurden Stimmen laut, daß diese beiden Abkommen als einziges Ergebnis die Verschlechterung der Beziehungen zu Indien gebracht hätten. So stellte sich Amerika (wie auch England) in dem Konflikt zwischen Pakistan und Afghanistan auf die Seite des ersteren, um es bei der „Seato-Stange“ zu halten.

Afghanistan hat in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte in der Landwirtschaft gemacht. Es konnte u. a. den Baumwollanbau verdoppeln und die Opiumausfuhr steigern. Über den in Vorbereitung befindlichen Fünfjahresplan sind einige Einzelheiten bekannt geworden. Zur Durchführung wird man u. a. auf die von den Sowjets gewährte Hilfe von 100 Mill. \$ zurückgreifen. An vorderster Stelle des Plans steht die Modernisierung der Agrarwirtschaft einschließlich Bewässerungsanlagen, um brachliegenden Boden fruchtbar zu machen. Der Bau von Straßen ist vorgesehen, besonders im Westen in Richtung auf die russische Grenze. Ein Unternehmen mit Unterstützung ausländischen Kapitals soll zur Ausbeutung noch unerschlossener Mineralschätze gegründet werden. Auch die Gründung einer staatlichen Industriebank mit einem Anfangskapital von 600 Mill. Afghanis ist geplant; ihre Aufgabe wird es sein, neue Anlagen zu finanzieren. Die Tschechoslowakei hat einen Kredit von 5 Mill. \$ eingeräumt, die zur Erstellung einer Zement- und einer Glasfabrik sowie einer Großgerberei dienen sollen. Die tschechische „Technoexport“ hat überdies ein Industrieberatungsbüro in Kabul aufgemacht, das der Regierung laufend zur Seite stehen wird. Die USA haben in den letzten drei Jahren 6,3 Mill. \$ für verschiedene technische Projekte beigesteuert. Außerdem hat die Export-Importbank zwei Anleihen von insgesamt 39,5 Mill. \$ für neue Talssperren gegeben, über eine dritte in Höhe von 27 Mill. \$ wird noch verhandelt. Der Anteil von Firmen der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg war nicht gering (Einrichtung von Wasserkraftwerken, Textilfabriken und anderen Betrieben). Bis 1941 war der deutsche Einfluß in Afghanistan überhaupt sehr erheblich gewesen. Nach Eintritt Rußlands in den Krieg verlangten die Alliierten die Ausweisung von über hundert deutschen Beratern.

Mitte des vorigen Jahres wurde Afghanistan Mitglied des „Internationalen Währungsfonds“ und der „Weltbank“. Kurz darauf kam in Pakistan der „Starke Mann“, wie ihn die Presse seines Landes nannte, der General Iskander Mirza ans Ruder, erst als Generalgouverneur des Dominion und später als Präsident der unabhängigen Republik. Inwieweit seine Einwirkung sich in der Behandlung Afghanistans geltend gemacht hat, läßt sich schwer sagen. Zeitlich jedenfalls setzte in jenen Tagen die rigorose Transportsperr ein. Die Sowjets haben nach dem Besuch Bulganins und Chruschtschews in Kabul eine ganze Reihe von Abkommen mit Afghanistan getroffen. Import und Export gehen jetzt über Rußland, das zwar auch Güter des Westens passieren lassen muß, das aber zweifellos hier festen Fuß gefaßt hat.

PAKISTAN

Es ist erstaunlich, daß ein Land, das seit seinem Entstehen im Jahre 1947 von einer politischen Krise in die andere schlitterte, in dem ein Premierminister ermordet und andere abgesetzt wurden, dennoch wirtschaftlich gesund erscheint; weist doch sogar das Budget für das kommende Jahr trotz militärischer Ausgaben von etwa 900 Mill. Rs. einen Überschuß aus. In diesem Voranschlag werden für die Errichtung von

Kraftwerken 534,4 Mill. Rs. und für die Entwicklung eines Atomenergieprojekts 5 Mill. Rs. eingesetzt. Pakistan konnte im Vorjahr während mehrerer Monate Exportüberschüsse erzielen, woran die gesteigerte Ausfuhr von Jute (auch in verstärktem Maße nach der Bundesrepublik) größeren Anteil hatte. In dem industriellen Aufbau sind ebenfalls Erfolge zu verzeichnen, z. B. in der Papierfabrikation, in der das Land bereits autark geworden ist. In Belutschistan wurde Naturgas in erheblichen Mengen entdeckt; es wurde über Hunderte von Kilometern erst bis Karatschi geleitet und soll jetzt auch Lahore versorgen. Diese Kraftquelle hat die wirtschaftliche Struktur des Landes vorteilhaft verändert.

In Ostpakistan, das wesentlich kleiner ist als der westliche Teil und von diesem etwa 1 700 km entfernt liegt, dabei aber mehr Einwohner zählt, sind dagegen die wirtschaftlichen Bedingungen als ungünstig zu bezeichnen, was zu einer kontinuierlichen Massenauswanderung von Hindus führte. Auch religiös-politische Ursachen spielen dabei eine Rolle, nachdem sich Pakistan auf Grund seiner ersten, nach acht Jahren angenommenen Verfassung als islamische Republik etabliert hat, deren Präsident ein Mohammedaner sein muß. Diese Auswanderung, die jetzt auf 50 000 Menschen im Monat gestiegen ist, trägt mit zur Verschlechterung seines Verhältnisses zu Indien bei, und eine Verbesserung der Beziehungen ist nicht zu erwarten, ehe die Kaschmirfrage geregelt ist. Erst kürzlich hat Pakistan Provinzen und Fürstentümer zu einer einheitlichen, innerstaatlichen Verwaltungsorganisation „Westpakistan“ zusammengefaßt, und schon beginnen wieder die üblichen politischen Intrigen, die das neue Gebilde zu unterhöhlen drohen.

INDIEN

Der zweite Fünfjahresplan, der am 1. April anlief, steht ganz im Zeichen der sozialistischen Ausrichtung der indischen Wirtschaft. Dieses Faktum wird schon dadurch bewiesen, daß die Ausgaben für den öffentlichen Sektor mit 48 Mrd. und für den privaten mit 23 Mrd. Rs. angesetzt worden sind. Lag das Schwerkraft des ersten Plans auf dem Ausbau und der Modernisierung der Landwirtschaft, so steht nunmehr die kommende Entwicklung von Schwer- und Kleinindustrie im Vordergrund. Die Gelehrten, in diesem Falle die führenden Nationalökonomien des Landes, sind sich über den letzteren Punkt nicht einig. Man will durch Förderung der dörflichen Heimindustrie 5—6 Mill. Menschen in den Arbeitsprozeß einspannen. Diese Maßnahme wäre bei einer geschätzten (und nicht statistisch erwiesenen) Arbeitslosigkeit von etwa der gleichen Zahl insofern besonders wichtig, als durch das rapide Ansteigen der Geburtenziffer innerhalb der Planperiode mit mindestens weiteren 5 Millionen Beschäftigung Suchenden zu rechnen ist. (Gegenwärtig befindet sich ein vom Bundeswirtschaftsministerium entsandtes Team von drei Sachverständigen in Indien, das für die Regierung ein Gutachten über die Möglichkeiten der Kleinindustrie erstatten soll).

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der noch in diesem Jahr zu beendenden Reorganisation der indischen Staaten. Diese verwaltungsmäßige Umstellung von

Behörden und Parlamenten bei einem Volk von 370 Millionen bedeutet eine höchst komplizierte Aufgabe, die neben der Ausführung oder Ankurbelung der Planobjekte zu erfüllen ist. Schließlich sieht dieser Plan eine Defizitfinanzierung in Höhe von ungefähr 1,5 Mrd. Rs. vor, die natürlich schwerste inflationistische Gefahren in sich birgt. Die Regierung ist sich dieser Gefahren wohl bewußt, und der Finanzminister hat versprochen, den Fortgang des Plans sorgfältig zu überwachen und notwendigenfalls rechtzeitig entsprechende anti-inflatorische Maßnahmen einzuleiten. Naturgemäß wird das Ausland bei den sozialistischen Tendenzen der indischen Wirtschaft eine gewisse Scheu vor Neuinvestitionen hegen. Der Westen wäre aber schlecht beraten, wenn er übergroße Zurückhaltung zeigen und dem Ostblock das Feld räumen würde. Denn es handelt sich in Indien schon bei der Maschineneinfuhr allein um einen Wert von mehreren Milliarden Rupien.

In Parenthese sei bemerkt, daß Indien heute schon nach Deckung seines Inlandsbedarfs u. a. die folgenden im Lande hergestellten Erzeugnisse ausführt: Fahrräder, Dieselmotoren (bis 30 PS), Elektromotoren, Akkumulatoren für Kraftwagen, Ventilatoren, Nähmaschinen, Rundfunkempfänger, Grammophonplatten, Rasierklingen, Ofen und Sturmlaternen.

CEYLON

„Colombo-Mächte“ und „Colombo-Pakt“ sind heute politische und wirtschaftspolitische Begriffe geworden. Der erstere, die Kombination von Ceylon, Indien, Pakistan, Burma und Indonesien, verdankt seine Entstehung der Initiative des kürzlich zurückgetretenen Premierministers von Ceylon Sir John Kotelawala, dessen Regierungspartei, die Vereinigten Nationalisten, im April eine vernichtende Wahlniederlage erlitt. Damit tritt einer der originellsten Staatsmänner, zunächst wenigstens, von der politischen Bühne ab. Obwohl er für strikte Neutralität eintrat, tendierte Sir John mehr für den Westen. Die siegreiche Koalition, die „Vereinigte Volksfront“, ist sozialistisch, aber wohl nicht kommunistisch eingestellt. Ihr Führer und heutiger Premierminister, S. W. R. D. Bandaranaike, versicherte am Tage seines Erfolges, daß er der Politik seines „guten Freundes Nehru“ folgen werde. Das bedeutet, daß voraussichtlich die Stützpunkte der britischen Flotte und Luftwaffe auf Ceylon verschwinden werden. Sie gelten für Großbritannien als wichtige Wachtposten auf dem Seeweg nach Malaya, Australien und Neuseeland. Innenpolitisch wird unter dem

neuen Kurs die „Ceylonisierung“ von Industrie und Handel sicherlich energischer durchgeführt werden als bisher. Andererseits ist Ceylon bei seinem Aufbau so dringend auf ausländisches Kapital angewiesen, daß man diesem keine größeren Hindernisse in den Weg legen wird.

Das Jahr 1955 wies Rekordzahlen in der Ausfuhr auf, insbesondere von Kautschuk und Tee. Allmonatlich, auch im Januar und Februar 1956, überwog der Export den Import. Mit der Chinesischen Volksrepublik läuft ein Kompensationsabkommen über die Lieferung von Kautschuk (50 000 t im Jahr) gegen Reis. Dies war der Grund, weswegen es bisher im Gegensatz zu anderen südostasiatischen Staaten keinerlei Unterstützung von Amerika erhielt. Es sieht jedoch im Augenblick so aus, als ob sich das nach einer Äußerung von Eisenhower ändern wird, vielleicht infolge der Bemühungen der Ostblockstaaten (in der Hauptsache der Tschechoslowakei, Ungarns und der Sowjetzone Deutschlands), mit Ceylon ins Geschäft zu kommen.

NEPAL

Nach reichlich turbulenten Jahren ist jetzt in Nepal Ruhe eingezogen, und der Weg zu einer demokratischen Regierung scheint sich zu ebnen. Diese Entwicklung ist nicht nur für das Land selbst, sondern auch für Indien von besonderer Bedeutung. Dem Nepal grenzt auf etwa 1 200 km an Tibet, d. h. an China, mit dem es diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Indien setzt alles daran, daß sich die innenpolitischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Pufferstaat konsolidieren. Ein Team höherer indischer Beamter, das in Khatmandu sitzt, berät die Regierung laufend in Verwaltungsfragen, und eine Militärkommission mit einem General an der Spitze führt die Modernisierung der Armee durch. Im Rahmen des Colombo-Plans hat Indien nahezu 80 Mill. Rs. für den Straßenbau und die Errichtung von Kraftwerken, Schulen, Krankenhäusern usw. beigesteuert.

Indiens Hilfe geht in der Tat so weit, daß ihm bereits von nepalesischen Politikern vorgeworfen wird, sich zu sehr in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Der junge König Mahendra regierte nach dem Tode seines Vaters mit Ratgebern, da die Parteien sich nicht auf eine Koalition einigen konnten. Erst vor kurzem ist ein Kabinett unter dem Ministerpräsidenten Tanka Prasad gebildet worden, und im nächsten Jahr werden die ersten Wahlen stattfinden. Die USA haben, wenn auch zunächst nur in bescheidenem Maße, Hilfe in Form von Maschinen im Werte



FOREIGN EXCHANGE BANK

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: NIHOMBASHI, TOKYO, JAPAN
HAMBURG OFFICE: HAMBURG 1, BALLINDAMM 36, WEST GERMANY, Tel.: 33-1281/1284

von 2 Mill. \$ gewährt. Nachdem der König im vergangenen Winter drei Wochen lang Indiens verschiedene Groß-Projekte, Kraftwerke, Bewässerungsanlagen usw. besichtigt hat, trägt er sich mit der Absicht, ebenfalls einen Fünfjahresplan mit einem Ausgaben-Etat von 300 Mill. Rs. durchzuführen. Tanka Prasad teilte in einem Interview mit, daß von Amerika und Indien bereits Unterstützungsangebote vorlägen.

BURMA

Burmas Premierminister, U Nu, war wie Nehru Gast in Peking, Moskau und Washington. In den USA erfreut er sich sogar, wie es heißt, ganz besonderer Beliebtheit, weil er noch nie um irgendwelchen Beistand nachgesucht hat. Dabei hätte ihn Burma gewiß nötig. Seit Jahren kämpft es gegen kommunistische Rebellen, gegen aufrührerische Karen-Stämme und nicht zuletzt gegen Überreste einer Kuomintang-Armee, die sich an der chinesischen Grenze festgesetzt hat. Ein Überfluß an Reis, der schwer abzusetzen war (und ist), machte die Aufstellung des Budgets diesmal besonders schwierig. Hilfe kam in bar von Indien und sonst nur von kommunistischen Staaten auf der Basis von Tauschgeschäften. Der „fromme U Nu“, wie der gottergebene Buddhist in seiner Heimat genannt wird, läßt sich jedoch nicht von dieser Seite beeinflussen. Als Bulganin und Chruschtschew den Burmesen in Rangun versicherten, daß die Engländer auf ihrem Nacken gesessen hätten, lud U Nu den letzten britischen Gouverneur zur Feier des Unabhängigkeitstages ein. Während die übrigen südostasiatischen Staaten, einschließlich Indiens, keine diplomatischen Beziehungen mit Israel unterhalten, um ihr Verhältnis mit den arabischen Ländern nicht zu gefährden, geht Burma seine eigenen Wege, indem israelische Techniker den Burmesen das „know-how“ vermitteln und israelische Offiziere der burmesischen Armee Reorganisations- und Modernisierungsvorschläge unterbreiten. Von Rußland erhält das Land Maschinen, von Jugoslawien militärische Ausrüstungen, von Polen Flußdampfer, Maschinen und Kraftwagen, und auch China hat sich zur Lieferung von Maschinen und bestimmten Gebrauchsgütern bereiterklärt. Burmas Zahlungen erfolgen in Reis, Mineralsalzen, Teakholz und Kautschuk. Japan begleicht seine Reparationen durch Erstellung eines Kraftwerks, durch die Lieferung von Dampfmaschinen, Textilmaschinen, Eisenbahnausrüstungen usw. Die Aussichten für den Westen sind relativ gering, es sei denn, daß langfristige Kredite eingeräumt werden können. Die Regierung hat wegen Devisenmangels die Einfuhr stark reduziert. Anleiheverhandlungen mit der Weltbank ziehen sich seit einiger Zeit hin, nachdem eine vierköpfige Delegation der Bank die wirtschaftliche Lage des Landes untersucht hatte.

THAILAND UND INDOCHINA

Hatte man gehofft, daß das Genfer Waffenstillstandsabkommen vom April 1954 zu einer friedlichen Endlösung in Indochina führen würde, so haben die Ereignisse seit einer Reihe von Monaten gezeigt, daß allerdings der Krieg zwischen Viet Minh (dem heutigen Nordvietnam) und französischen Truppen aufgehört hat, ja daß Frankreich sich binnen kurzem ganz

aus Indochina zurückziehen wird; aber hier und da wird noch geschossen, und wir werden auch die Rolle Thailands in diesem Zusammenhang zu untersuchen haben. Bevor wir jedoch auf die einzelnen Staaten eingehen (nämlich das kommunistische Nordvietnam, das antikommunistische und mehr oder weniger autoritäre Südvietnam, ferner die Königreiche Laos und Kambodscha sowie eben Thailand), seien zunächst die komplizierten Beziehungen dieser Staaten untereinander geschildert. In Kambodscha ist der Ministerpräsident Prinz Sihanouk (der ehemalige König) zurückgetreten, weil Thailand und Südvietnam angeblich wegen seines Besuches in Peking eine Blockade über das Land verhängt haben. Auch sein Nachfolger Khim Tit hat diese Anklagen wiederholt. Da Kambodscha infolge seiner neutralen Haltung den Seato-Flugzeugen nicht erlaubte, während der Manöver um Bangkok über sein Gebiet zu fliegen, glaubt man, daß auf Thailand ein Druck von Seiten Amerikas ausgeübt worden ist, zum mindesten seinen Handel mit Kambodscha einzuschränken.

Auch Südvietnam, wo der amerikanische Einfluß unverkennbar ist, hat — gelinde gesagt — eine unfreundliche Haltung gegenüber Kambodscha eingenommen. Sein Ministerpräsident Ngo Dinh-diem stellt sich auf den Standpunkt, daß er als Nichtunterzeichner des Genfer Protokolls (das auch die USA nicht signiert haben) sich nicht an dessen Bedingungen zu halten brauche. Daher weigert er sich auch, die darin vorgesehenen Wahlen im Juli dieses Jahres abzuhalten. England, das neben Rußland den Vorsitz in der Genfer Indochina-Kommission führt, hat sich sonderbarerweise diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Südvietnam gilt jedoch in jeder Beziehung als der Rechtsnachfolger Frankreichs, das seinerzeit das Genfer Abkommen unterschrieben hat. In Laos werden zwei Provinzen von der kommunistischen Pathet Lao-Armee kontrolliert, obwohl ebenfalls gemäß den Genfer Abmachungen die königliche Regierung die Souveränitätsrechte über das ganze Land ausüben sollte. Die Rebellen werden offenbar von Nordvietnam unterstützt.

So stellt sich die politische Szenerie der in den Golf von Siam ragenden beiden Halbinseln Thailand und Indochina dar. Wir wollen nunmehr einen Blick auf die innenpolitische und wirtschaftliche Lage dieser (mit Ausnahme Thailands) so plötzlich zu völliger Selbständigkeit gekommenen Länder werfen. Um mit Thailand zu beginnen, so hat es die chinesische Regierung von Formosa anerkannt und jeden Handel mit der chinesischen Volksrepublik untersagt. Thailand grenzt zwar nicht direkt an China, aber schon seine starke chinesische Minorität war an den kommerziellen Verbindungen mit dem Mutterland lebhaft interessiert. So kann es nicht Wunder nehmen, wenn der frühere Ministerpräsident und jetzige Führer der Demokratischen Partei, Nai Khuang Aphaiwongse, erklärt, daß, wenn seine Partei einmal die Regierung übernehmen sollte, die Handelssperre gegenüber China aufgehoben werden würde. Man ist sich in Thailand darüber im klaren, daß eine solche Maßnahme wesentlich zur Prosperität des Landes beitragen würde, wobei fest-

zustellen ist, daß Industrie und Handel sich fast ausschließlich in chinesischen Händen befinden. Allerdings kann man diese wohlhabende Gemeinschaft als immun gegen den kommunistischen Bazillus ansehen, was natürlich ihre Mitglieder nicht hindern würde, gegebenenfalls gute Geschäfte mit dem roten China zu machen. Thailand erwägt zur Zeit größere wirtschaftliche Pläne, wie den Ausbau des Eisenbahnnetzes, die Errichtung von Überlandzentralen, eines Stahlwerks, einer Ölraffinerie usw. Außer reichlicher amerikanischer Hilfe hat England für ein Elektrifizierungsprojekt eine Anleihe von 6 Mill. £ zugesagt, und die Weltbank gewährt für den Ausbau der Eisenbahnen eine Anleihe von 12 Mill. \$. Daß Ministerpräsident Feldmarschall Pibul Songgram die außenpolitische Lage als nicht so bedrohlich ansieht, erhellt daraus, daß er Amerika gebeten hat, einen Teil der für militärische Zwecke zugesagten Subventionen auf wirtschaftliche Projekte zu übertragen. Auf der Bandung-Konferenz hatten mehrfach Besprechungen zwischen Tschu En-lai und dem Außenminister von Thailand, Prinz Wan Waithayakon, stattgefunden, und letzterer hatte Vorschläge von chinesischer Seite als „bemerkenswert und wichtig“ bezeichnet. Man hatte angenommen, daß sich daraufhin die Spannungen bis zu einem gewissen Grade lockern würden, auch in Hinblick auf die drei Millionen in Thailand lebenden Chinesen, jedoch hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Im vergangenen Jahr hat Thailand den verstaatlichten Reishandel wieder reprivatisiert, ein immerhin beachtlicher Entschluß, der sich auch bereits in der Praxis bewährt hat.

Über die wirtschaftliche Lage der Königreiche von Kambodscha und Laos kann man sich kurz fassen. Es genügt, dem Bericht der ECAFE für das Jahr 1955 zu folgen. Er besagt in bezug auf das erstere, daß bei einer Bevölkerungsdichte von nur 30 Personen auf den Quadratkilometer das Land unentwickelt ist. Infolge der unsicheren Verhältnisse hat sich ein Teil der Landwirtschaft treibenden Bewohner in die Städte zurückgezogen. Es fehlt überall, besonders auch in den Behörden, an ausgebildetem Personal. Von Laos heißt es im gleichen Bericht, daß es seit Ende 1954 eine schwierige Übergangsperiode durchmacht und von auswärtiger Hilfe völlig abhängig ist. Verbesserungen im Transportwesen, Förderung der Produktion und des Exports sowie die Durchführung eines fiskalischen Systems zur Finanzierung der Regierungsausgaben sind die Vorbedingungen für eine Wendung zum Besseren.

Nordvietnam, der offensichtlich gemeinsame Satellit der Sowjets und Chinas, macht erhebliche Anstrengungen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. So verkündete die „Nationale Planungskommission“, daß in diesem Jahr die Produktion der Industrie, die fast völlig verstaatlicht worden ist, um 520 % gegenüber 1955 gesteigert werden soll. Die Erstellung von Spinnereien und Webereien und einer Zementfabrik ist vorgesehen. Agrar- und Forstwirtschaft werden besonders gefördert. Holz und Tee werden in großem Umfang in Ostblockländer exportiert. Die deutsche Sowjetzone lieferte Maschinen aller

Art und hat auch eine Abordnung von Geologen entsandt, die das Land auf seine reichen Bodenschätze hin untersuchen sollen.

Südvietnams wirtschaftliche Struktur trägt noch das ehemalige französische Gepräge, obwohl die inneren Wirren, d. h. die Kämpfe mit den (an sich antikommunistischen) Gegnern von Ngo Dinh-diem, viel zerstört haben. Obwohl der Zustrom von Flüchtlingen aus dem Norden neue Probleme aufgeworfen hat, hofft man doch, durch größere Landgewinnungs-Projekte Lebensmöglichkeiten für sie zu schaffen. Die USA nehmen infolge der dauernden, reichlichen Zuschüsse (1955 beliefen sie sich auf 320 Mill. \$) eine dominierende Stellung ein. So haben sie jetzt eine allgemeine Einfuhrbeschränkung erreicht und scheinen darauf aus zu sein, den Japanern eine Art Monopolstellung zu verschaffen. Die Regierung hat kürzlich einen Kontrakt mit einer japanischen Firma über den Bau eines Riesen-Wasserkraftwerks mit einer Jahreskapazität von 3,5 Mill. kWh abgeschlossen.

INDONESIEN

Wenn wir mit unserer Betrachtung in Indonesien fortfahren, so haben wir die Malaiische Föderation und Singapur wohlweislich übergangen. Diese beiden Besitzungen befinden sich im Stadium der Entwicklung zur Selbstregierung innerhalb des „Commonwealth of Nations“, und so wird England sie weiterhin wirtschaftlich unterstützen. (Der Ministerpräsident der Malaiischen Föderation, Tengku Abdul Rahman, hat sich sogar zum Mißbehagen Indiens nach einem Besuch in Thailand zugunsten eines Beitritts zum Seato-Pakt ausgesprochen.) Auch Britisch-Borneo auf der Großen Sunda-Insel, deren umfangreichster Teil zu Indonesien gehört, interessiert hier nicht. Indonesien selbst befindet sich jetzt im Zustand der allmählichen, aber vollständigen Loslösung von Holland, ein Vorgang, der nicht ohne die denkbar größten wirtschaftlichen Komplikationen vor sich geht. Erschwerend kommt hinzu, daß eine orthodox-mohammedanische Aufruhrbewegung (Darul-Islam) auf Celebes seit Jahren ihr Unwesen treibt und noch nicht unterdrückt werden konnte. Das erste gewählte Parlament ist vor kurzem zusammengetreten, und der Präsident der Republik, Dr. Soekarno, wies in der Eröffnungsrede darauf hin, daß jetzt die Zeit des zielbewußten Planens und der geschickten Ausführung der Pläne gekommen sei. Indien, das in seinem ersten Fünfjahresplan durch die „Community Projects“ erfolgreich das Dorf aus seiner Lethargie erweckt hat, stellte Indonesien zwei Monate lang den Leiter dieser Verwaltung zur Verfügung, und es ist damit zu rechnen, daß man in ähnlicher Weise die Landwirtschaft modernisieren wird. Daneben wird in einem kommenden Fünfjahresplan auch versucht werden, die industrielle Produktion zu entwickeln. Wie Dr. Djuanda, der Leiter des neu eingerichteten staatlichen Planungsbüros, kürzlich in einem Interview ausführte, bereitet der Mangel an Statistiken und Statistikern ein schwer zu überwindendes Hindernis. Geplant ist die Errichtung eines Stahlwerks, für dessen Vorbereitung Sachverständige aus der Bundesrepublik hinzugezogen worden sind. Die deutsche Sowjetzone ist bemüht, ins Geschäft zu kommen.

Der Auftrag für eine Zuckerfabrik wurde dorthin vergeben. Die amerikanischen Ölgesellschaften Standard Vacuum und Caltex erhielten neue Verträge, mußten sich aber verpflichten, ihre jährlichen Budgets der Regierung vorzulegen. Auch die Londoner City zeigt jetzt Interesse an der Republik, besonders nachdem die Schulen das Holländische durch Englisch ersetzt haben. Der neue Ministerpräsident, Dr. Ali Sastroamidjojo, der bis zum August 1955 an der Spitze einer von den Kommunisten begünstigten Regierung stand, hat sein Kabinett weiter nach rechts ausgerichtet, und die Kommunisten befinden sich in der Opposition. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Staaten, deren Industrien jetzt Indonesien dabei helfen werden, die durch das Ausscheiden Hollands bedingten Schwierigkeiten zu überwinden, auch in Zukunft gute Aussichten bei dem Aufbau des Landes haben werden, dessen Naturschätze noch nicht im entferntesten ausgenutzt werden. Französische Firmen haben bereits in Konkurrenz mit Ostblockstaaten den Kontrakt für den Ausbau von Häfen erhalten. In Djakarta rechnet man nach dem Besuch von Krupp und der Goodwill-Mission des Bundesverbandes der Deutschen Industrie mit tatkräftiger Hilfe von Seiten der Bundesrepublik.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Bild, das hier von der südasiatischen Region gegeben worden ist, ist wahrlich kein ungetrübtes. Wie sollte es auch anders sein? Es wurde eingangs

erwähnt, daß die Mehrzahl dieser Nationen sehr jung sind, und manche müssen erst von „nationalistischen Kinderkrankheiten“ genesen und aus Erfahrungen lernen. Aber eins läßt sich nicht verkennen, daß man überall auf einen ausgesprochenen Optimismus und in vielen Fällen geradezu auf Enthusiasmus stößt. Der Westen wird heute an den meisten Plätzen der Konkurrenz des Ostblocks begegnen. Wenn man die kaufmännischen und technischen Repräsentanten der Bundesrepublik an der Arbeit beobachtet, kann man sicher sein, daß sie ihrer schweren Aufgabe gewachsen sind; denn es handelt sich in der Regel um eine sorgfältig ausgewählte Elite, und man kann nur wünschen, daß die in Betracht kommenden Unternehmen für gleichwertigen Nachwuchs rechtzeitig Sorge tragen. Leider kann man das Gleiche nicht immer von dem diplomatischen Personal sagen, was bis zu einem gewissen Grade verständlich ist. Denn es war sicherlich nicht leicht, bei dem Wiederaufbau des auswärtigen Dienstes rein zahlenmäßig genügend vorgebildete Beamte mit den erforderlichen beruflichen und menschlichen Qualitäten zu finden. Heute sollte aber diese Übergangsperiode endgültig vorüber sein. Nur Personen von Format, die sich mit Feuereifer auf ihre Arbeit stürzen, werden von Nutzen sein. Das gilt insbesondere für die Wirtschaftsabteilungen der ausländischen Vertretungen, die sich dem einheimischen wie dem deutschen Kaufmann gegenüber als wirkliche Berater erweisen sollten.

Ansatzpunkte für eine Wirtschaftsentwicklung in Südostasien

Dr. W. Klatt, London

Die sowjetische Wirtschaftsoffensive in Südostasien hat die Aufmerksamkeit auf ein Gebiet gelenkt, das allzu lange von der Weltöffentlichkeit vernachlässigt worden war. Wir haben es hier mit einer Reihe von Ländern überwiegend landwirtschaftlichen Charakters zu tun. Geldgeber und Handelsfirmen mögen geneigt sein, dem Verlangen nach Investitionsgütern nachzugeben, und es mag in der Tat gelingen, namhafte Aufträge im industriellen Sektor zu plazieren. Aber wenn nicht der landwirtschaftliche Charakter eindeutig als Grundlage zukünftiger Entwicklung erkannt und der Beseitigung agrarischer Mißstände der Vorrang eingeräumt wird, muß mit wirtschaftlichen Rückschlägen und unvermeidlichen Folgerscheinungen auf politischem Gebiet gerechnet werden. Von der Sowjetunion, die drauf und dran ist, in Südostasien als ernsthafter Konkurrent des Westens aufzutreten, kann angenommen werden, daß sie mit den gesellschaftlichen Problemen voll vertraut ist, die beim Übergang von ausschließlich agrarischer zu halb-industrieller Struktur auftreten.

DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGE

Wenn man Indien, Pakistan und Japan einbezieht, handelt es sich hier um ein Gebiet, auf dem über ein Viertel der Weltbevölkerung, d. h. über 600 Mill. Menschen ihren Lebensunterhalt auf einer Anbau-

fläche von kaum 200 Mill. ha zu erwerben versuchen. Das bedeutet, daß im Durchschnitt eine Ackerfläche von 0,3 ha je Kopf zur Verfügung steht. Wenn man das Gebiet Südostasiens im engeren Sinne definiert, scheint der Bevölkerungsdruck etwas geringer zu sein. Aber während etwa zweimal soviel landwirtschaftliche Fläche pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung steht, sind die Ernteerträge beträchtlich niedriger als in den höher entwickelten Teilen Südostasiens. Das Gebiet ist zu umfangreich, als daß Verallgemeinerungen zulässig wären, aber gewisse Charakterzüge sind den meisten Ländern Südostasiens gemeinsam. Ohne eine Analyse des landwirtschaftlichen Bereichs würde man ein schiefes Bild von Südostasien bekommen.

Die ländliche Bevölkerung macht durchweg mindestens drei Viertel, zuweilen sogar vier Fünftel der Gesamtbevölkerung aus. Der Anteil der Ackerbauern beläuft sich gewöhnlich auf zwei Drittel, in einigen der am wenigsten industriell entwickelten Gebiete sogar auf mindestens drei Viertel der Erwerbstätigen. Daneben leben auf dem Dorfe örtliche Handwerker und Gewerbetreibende. Und auch Verwaltungsbeamte, Intellektuelle, Geschäftsleute und Industrielle unterhalten gewöhnlich noch enge Bindungen an das Dorf; viele von ihnen sind dem Leben auf dem Dorfe erst seit einer Generation entrückt.